

Allein auf hoher See

Union kann sich mit Wunsch nach Änderung des Grundgesetzes wegen Piraten-Einsätzen nicht durchsetzen

Die Union stößt beim derzeitigen und beim gewünschten Koalitionspartner mit ihrem Plan auf

Widerstand, für den Einsatz der Bundeswehr gegen Piraten vor Somalia das Grundgesetz zu ändern.

BERLIN.

Nebelkerzen! Das Urteil des Verteidigungspolitikers Rainer Stinner (FDP) über Unionspläne zur Änderung des Grundgesetzes fällt eindeutig und ablehnend aus. Es ist klar geregelt, dass die Bundeswehr im Ausland Geiseln befreien darf. Es ist sogar im Weißbuch beschrieben - auf Seite 73 (, dass es Aufgabe der Spezialkräfte ist, das zu tun, und dass sie dafür auszurüsten ist. Da gibt es keinerlei gesetzliche Unklarheit.

Dass Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (beide CDU) dennoch das Thema vortrugen, solle von den Versäumnissen der Bundesregierung ablenken, die Einsatzkräfte entsprechend auszubilden und auszurüsten. Ich erwarte von der Bundesregierung, wenn sie Spezialkräfte von Bundeswehr und Polizei grundsätzlich für geeignet hält, solche Einsätze auszuführen, und wenn sie in das Mandat hineinschreibt, Geiselbefreiung gehört zum Auftrag, dass sie dann auch in der Lage ist, das Mandat auszuführen, sagte der FDP-Parlamentarier dieser Zeitung. Die Union versuche, die Trennung zwischen Bundeswehr und Polizei aufzulösen. Doch das lehnten die Liberalen grundsätzlich ab. Es geht nur darum, dass die

Aufgaben erledigt werden.

Auch die SPD-Bundestagsabgeordnete Petra Hess geht davon aus, dass Schäuble nur durchsetzen will, die Bundeswehr mit einer Grundgesetzänderung überall einsetzen zu können. Im Innern wie im Ausland. Dafür nutze er jede Gelegenheit. Die Reserve-Offizierin vom Range eines Kapitänleutnants sieht jedoch das Kommando Spezialkräfte noch nicht genügend ausgerüstet und ausgebildet. Da wird dran gearbeitet. Vorwürfe Schäubles, die SPD habe im Koalitionsvertrag die Grundgesetzänderung verabredet und halte sich jetzt nicht daran, weist Hess zurück. Das stimmt in der Form nicht. Die SPD habe bereits vor einhalb Jahren einen Vorschlag zu einer Klarstellung im Grundgesetz gemacht. Darauf ist die Union nicht eingegangen, weil es ihr nicht weit genug ging und seitdem ruht das Vorhaben. Das Innenministerium räumte gestern ein, im Falle der Befreiung der Geiseln auf der Hansa Stavanger vor Somalia wäre ein Einsatz der Bundeswehr ohne Grundgesetzänderung möglich gewesen.

Thea Dückert, Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, kündigte eine Aktuelle Stunde im Bundestag zum Kompetenzstreit aus mangelnder Verantwortung der Bundesregierung bei der Sicherung des Schiffsverkehrs an. Der Streit um eine Verfassungsänderung, die Zuständigkeiten und Kompetenzen sei absurd. Merkel und Schäuble wollen die Piraterie zum Wahlkampfthema machen. Mit der uralten Forderung nach einer Grundgesetzänderung will die Bundeskanzlerin vom höchstriskanten Einsatz der GSG9 ablenken.

TA